Nr. 575 47. Jahrgang Abend-Ausgabe Sonnabend, 9 November 1918

Berliner Tageblatt und Handels-Zeitung

Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Chef-Redakteur Theodor Wolff in Berlin. Druck und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin.

Abdankung des Kaisers

Ebert voraussichtlich Reichskanzler. — Vor der Einführung einer Regentschaft. Ausschreibung der Wahlen für die Nationalversammlung. Arbeiter- und Soldatenräte in Berlin.

T. W. Wilhelm II. hat sich entschlossen, abzudanken, der Reichskanzler wird im Amte bleiben, „bis die mit der Abdankung des Kaisers, dem Thronverzicht des Kronprinzen des Deutschen Reiches und von Preußen und der Einsetzung der Regentschaft verbundenen Fragen geregelt sind". Die Abdankung des Kaisers ist durch die Ereignisse im Reiche, die von ungeheuerem Ernste sind und jeden weiteren Aufschub unmöglich machten, zwingend herbeigeführt worden, der Verzicht des Kronprinzen, der noch nicht erfolgt zu sein scheint, ist, da bei der großen und berechtigten Unbeliebtheit dieses angeblichen Heerführers jeder Gedanke an seine Thronbesteigung ausgeschlossen erscheinen muß, eine Selbstverständlichkeit. Wilhelm II. war anscheinend schon gestern zur Abdankung bereit. Aber die Erledigung der Angelegenheit erforderte, da die alte höfische Routine nicht gleich mit abgeschafft werden konnte, allerlei überflüssige Beratungen, der Widerstand des Kronprinzen scheint mitgespielt zu haben, und so verstrich eine kostbare Zeit. Die Bewegung im Lande hat sich mit ungeheurer Schnelle weiter ausgebreitet, die sozialdemokratischen Staatssekretäre und Unterstaatssekretäre sind heute früh aus der Regierung ausgeschieden, an allen Ecken und Enden von Groß-Berlin hat die Arbeiterschaft die Arbeit eingestellt. In solchen revolutionären Tagen wiegt jede Minute schwer.

So sicher es ist, daß der von der Höhe herabfallende Stein nicht in der Luft hängen bleiben kann, so sicher stand, nach dem Gesetz der Schwere, seit Wochen diese Lösung der großen Frage fest. Besser wäre es auch hier gewesen, dem Willen des Volkes nicht hinterdrein zu folgen, sondern ihm mit Herrschermürde voranzugehen. Aber trifft die Könige die alleinige Schuld, wenn sie zu lange glauben, das ganze Volk sei in liebender Anhänglichkeit um sie geschart? Wann tritt, zwischen huldigenden Bürgermeistern, Ehrenjungfrauen, Spalierenthusiasten, Lakaien und Triariern, die Wahrheit an sie heran? Und wie sollen sie verstehen, daß plötzlich so mancher, der gestern noch den Roten Adlerorden vierter Klasse glückstrahlend entgegennahm, heute die demokratische Ueberzeugung möglichst sichtbar ins Knopfloch steckt? Es ist verzeihlich, wenn sie an eine so schnelle Wandlung nicht glauben wollen, die doch nur dartut, daß selbst in der furchtbarsten Tragödie die menschliche Komödie unverändert weitergeht.

Wer dem Kaiser nie die Rosen, die aus den Gärten von Byzanz stammen, dargebracht hat, wird in diesem Augenblick gern darauf verzichten, auf die Schwelle, über die er hinausschreitet, nur Beschuldigungen zu streuen. Er hat dreißig Jahre lang regiert, und er ist das Opfer von Eigenschaften geworden, die ein Teil seiner Natur waren und von fatalen Persönlichkeiten zugunsten falscher Ziele ausgebeutet worden sind. Man kann ihn nicht mit wenigen Worten und Strichen zeichnen, denn sein Wesen ist sehr gemischt und es geht in ihm vieles, was unvereinbar scheint, durcheinander und nebeneinander her. Er schien, wie ein moderner Mensch, überall Wissen und Berührungen zu suchen, und er war doch offenbar überzeugt, Gott habe ihn und sein Haus zu Sendboten, zu Vollstreckern seines Willens gewählt. Er sagte 1890 bei der Grundsteinlegung zum Bremer Denkmal Wilhelms I.: „Daß es uns gegeben gewesen ist, das zu erreichen, was erreicht worden ist, liegt vor allen Dingen daran, daß in unserem Hause die Tradition herrscht, daß wir uns als von Gott eingesetzt betrachten, um die Völker, über die zu herrschen uns beschieden ist, zu regieren und zu leiten," und er schrieb 1900 in ein „Goldenes Buch": „Von Gottes Gnaden ist der König, daher ist er auch nur dem Herrn allein verantwortlich." Er schrieb, daß der Wille des Königs das oberste Gesetz sei, er nannte die Adligen „die Edelsten" der Nation. Aber er war doch, wenn die Zeitumstände es gebieterisch forderten, zu Konzessionen, zur Hergabe alter historischer Requisiten bereit. Wir haben gesehen, wie er der Umwandlung Preußens durch das gleiche Wahlrecht zustimmte und wie er zuletzt, in den Tagen der Not, auf die mittelalterliche Glorie verzichtete, die ihm, wie er meinte, vom Gottesgnadentum kam. Erst als es sich zeigte, daß selbst solche Zugeständnisse seine persönliche Situation nicht mehr dauernd bessern konnten, wendete er sich aufs neue an die Paladine der alten mystischen Kaiserpracht. Er war nicht so verschlossen gegen jeden Opportunismus wie der Graf von Chambord, der die französische Königskrone zurückwies, weil sein Wunsch, die Trikolore durch das weiße Bourbonenbanner zu ersetzen, keine Gegenliebe fand.

Wilhelm II. besitzt Fähigkeiten, Anlagen, Eigenschaften, die bei Monarchen wie bei anderen Menschen nicht alltäglich zu finden sind. Sein Gedächtnis bewahrt alles, was er gesehen und gehört hat, mit seltener Sicherheit auf, und er überrascht so durch vielartige Bemerkungen oft die Personen, zu denen er spricht. Er hat im Gespräch jene Leichtigkeit des Ausdruckes, die in Deutschland so vielen fehlt. Auf dem Gebiet der Technik hat er, wie alle, die auf einem Schiffe oder in einer Fabrikanlage seinen Erläuterungen zugehört haben, versichern, die wirkliche Begabung des Ingenieurs. Sehr viel weniger entwickelt, und besonders sehr viel weniger ausgeglichen, war immer sein politischer Sinn. Die große Politik behandelte er mit jener Sprunghaftigkeit, die sich schnell von einer Frage abwendet und ein neues Gewebe beginnt. Wie in seinen Worten fehlte ihm in seinen politischen Handlungen das richtige Maß. Er wurde sich nicht in ruhigem Ueberlegen über die Tragweite seiner plötzlichen Regungen klar. Nur zwei Ideen hat er, ohne Kursänderung, konsequent verfolgt. Er wollte eine glanzvolle, mächtige Flotte schaffen, und er wich von dem Gedanken, daß er Oesterreich-Ungarn die „Nibelungentreue" halten müsse, nicht ab. Bei den Flottenplänen wurde Tirpitz sein Helfer, der die Politik in unheilvollster Weise beeinflußte und überdies unverwendbare Riesenschiffe statt der Unterseeboote schuf. Dieser Pläne wegen wurde die öffentliche Meinung gegen England aufgeregt, wurde das Bündnis mit England, das wir vor und noch nach neunzehnhundert haben konnten, zurückgewiesen, wurden England und Frankreich zusammengebracht. Die „Nibelungentreue" führte zunächst zu der Kündigung des Rückversicherungsvertrages mit Rußland, dann im Laufe der Begebenheiten zu einem Ueberwiegen der österreichischen Interessen und zu einer Politik, von der Bismarck immer abgeraten hat. Sie führte uns, im Verein mit den anderen politischen Fehlern, dorthin, wo wir heute stehen.

Es wäre eine gewaltsame Ungerechtigkeit, zu behaupten, er habe alle Fehler selbst begangen, uns allein so weit gebracht. Unter der Kanzlerschaft des Fürsten Bülow wurde durch die Flottenpolitik, die Ablehnung des englischen Bündnisvertrages, die Marokkoaffäre und die Abwendung von Rußland in der bosnischen Frage, die fatale Situation geschaffen, unter der Kanzlerschaft des Herrn v. Bethmann Hollweg wurden wir, durch Fortsetzung und Steigerung all' dieser Irrtümer, zum Kriege geführt. In der Marokkopolitik hatte Wilhelm II. instinktiv richtiger als Fürst Bülow gesehen. Aber er operierte doch auch mit phantastischer Verkennung der tatsächlichen Verhältnisse auf eigene Hand. Wie wir aus der „Daily Telegraph"-Geschichte wissen, hat er während des Burenkrieges dem englischen Hofe brieflich mitgeteilt, daß Rußland und Frankreich ihn zu einem Zusammengehen gegen England verleiten

---

Amtlich. Berlin, 9. November. (W. T. B.)

Der Kaiser und König hat sich entschlossen, dem Throne zu entsagen. Der Reichskanzler bleibt noch so lange im Amte, bis die mit der Abdankung des Kaisers, dem Thronverzicht des Kronprinzen des deutschen Reiches und von Preußen und der Einsetzung der Regentschaft verbundenen Fragen geregelt sind. Er beabsichtigt, dem Regenten die Ernennung des Abgeordneten Ebert zum Reichskanzler und die Vorlage eines Gesetzentwurfes wegen der sofortigen Ausschreibung allgemeiner Wahlen für eine verfassunggebende deutsche Nationalversammlung vorzuschlagen, der es obliegen würde, die künftige Staatsform des deutschen Volkes einschließlich der Volksteile, die ihren Eintritt in die Reichsgrenzen wünschen sollten, endgültig festzustellen. Der Reichskanzler: Max, Prinz von Baden.

(Von uns bereits durch Extrablatt gemeldet. Die Red.)

Die Stellungnahme der Sozialdemokratie.

Austritt aus dem Kabinett. — Allgemeiner Ausstand beschlossen. — Ein Aufruf an die Offiziere.

In der heutigen sozialdemokratischen Fraktionssitzung, an der auch die Delegierten der Vertreter der großen Betriebe teilnahmen, herrschte Uebereinstimmung darüber, daß man nicht länger warten könne. Die Arbeiterschaft dränge auf eine Lösung, die gründlich, restlos, ruhig und ohne Blutvergießen erfolgen müsse. Von verschiedenen Seiten wurde der Wunsch nach Verständigung mit den Unabhängigen betont; es soll ein gemeinsamer Ausschuß gebildet werden. Die Vertreter der Betriebe teilten mit, daß in einzelnen Werken die Arbeit schon niedergelegt sei. Einmütig wurde darauf der Austritt der Sozialdemokraten aus der Regierung beschlossen. Ebert, Braun, Wels und Eugen Ernst wurden dazu bestimmt, mit zwölf Vertrauensleuten der Fabriken einen engeren Ausschuß zu bilden, der sich gegebenenfalls mit einem von anderer Seite zu bildenden Arbeiter- und Soldatenrat verständigen sollte.

Unmittelbar danach trat der große Ausschuß der Vertrauensleute der Partei in den Betrieben zusammen und

beschloß den allgemeinen Ausstand.

Die sozialdemokratische Partei hat mit den Fabrikvertrauensleuten einen engeren Ausschuß eingesetzt, der mit der Regierung über die Uebernahme der Geschäfte vrhandeln soll. Es gehören ihm an: Ebert, Scheidemann, Braun, Wuschick und Hölder. Mit den Unabhängigen war eine Verständigung nicht möglich, da sie keinen bestimmten Standpunkt einzunehmen vermochten. Nachdem sich Jägerbataillone schon am Morgen der Bewegung zur Verfügung gestellt hatten, sprach Mittags Reichstagsabgeordneter Wels in der Kaserne der Gardejäger und des Alexanderregiments. Die Regimenter beschlossen den Uebergang zur Republik, und die versammelte Mannschaft stimte ein Hoch ein auf den freien deutschen Volksstaat.

Die Wilhelmshavener Matrosen schicken eine Abordnung im Luftschiff nach Berlin. Der Flugplatz Johannisthal ist von den Arbeitern besetzt, damit das Luftschiff ohne Schwierigkeiten landen kann. 3000 Kieler Matrosen sind im Anmarsch. Da die Schienen teilweise aufgerissen sind, werden sie zu Fuß erst gegen 3 Uhr in Berlin eintreffen. Ein sozialdemokratischer Abgeordneter ist ihnen entgegengefahren, um sich an ihre Spitze zu stellen. Um 5 Uhr findet eine große Versammlung der Seeflieger und Matrosen bei Aschinger am Bahnhof Friedrichstraße statt. Auch in ihr wird ein sozialdemokratischer Reichstagsabgeordneter sprechen.

Es ist folgender Aufruf ergangen:

An die Offiziere der Garnison Berlin und seiner Vororte.

Nachdem der Kaiser abgedankt hat, wird zurzeit eine neue Regierung gebildet.

Alles kommt darauf an, daß Ruhe und Ordnung aufrechterhalten wird.

Es ist vaterländische Pflicht eines jeden deutschen Offiziers, dafür zu sorgen, daß Blutvergießen vermieden wird.

Unsere ganze Kraft gehört jetzt dem deutschen Volke.

Göhre, M. d. R., Leutnant der Landwehr II, Landsturmregiment 19; Collin-Roß, Leutnant d. R., Auslandsabteilung der OHL.; Südekum, Leutnant der Landwehr I, Eisenbahnregiment I; Tiburtius, Leutnant d. R., 3. Garderegiment zu Fuß.

Die Proklamierung des Generalstreiks.

Der „Vorwärts" verbreitet folgendes Extrablatt:

Generalstreik!

Der Arbeiter- und Soldatenrat von Berlin hat den Generalstreik beschlossen. Alle Betriebe stehen still. Die notwendige Versorgung der Bevölkerung wird aufrechterhalten. Ein großer Teil der Garnison hat sich in geschlossenen Truppenkörpern mit Maschinengewehren und Geschützen dem Arbeiter- und Soldatenrat zur Verfügung gestellt. Die Bewegung wird gemeinschaftlich geleitet von der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Arbeiter, Soldaten, sorgt für Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung.

Es lebe die soziale Republik!

Der Arbeiter- und Soldatenrat.

Die Demission des Reichskabinetts.

Die **Mitglieder des Kabinetts** des Prinzen Max von Baden haben sämtlich ihre **Demission eingereicht.** Aus maßgebenden Kreisen der Mehrheitssozialisten wird mitgeteilt, daß es noch nicht klar ist, ob mit der Abdankung des Kaisers die Lage sich endgültig geklärt hat. Die Mehrheitssozialisten sind davon überzeugt, daß ihnen die Situation nicht aus den Händen gleiten wird. Sie glauben, alle Machtfaktoren in Händen zu haben und sich auch, falls eine Einigung mit den Unabhängigen Sozialdemokraten nicht erfolgen sollte, eventuell gegen die Unabhängigen durchsetzen zu können. Die Soldaten- und Arbeiterräte arbeiten Hand in Hand mit den Mehrheitssozialisten.

wollten, und daß dieser Plan an seiner Ablehnung gescheitert sei. Im Jahre 1905 aber versuchte er, bei einer Zusammenkunft, den Zaren für ein Bündnis zu gewinnen und durch Nikolaus Frankreich mit hineinzuziehen, was trotz der naiven Bereitwilligkeit des Russenkaisers in jenem Augenblick, wo alle französischen Köpfe noch vom Marokkozorn rauchten, eine geradezu grandiose Unmöglichkeit war. Natürlich erfuhr man in Petersburg von dem in Windsor liegenden Briefe, kannte man in London das dem Zaren gemachte Angebot. So mußte das Mißtrauen überall wachsen, wurde, wie in einer Shakespearschen Komödie, alles durcheinandergebracht.

Die Reden, die vielen Reden, kamen hinzu. Wilhelm II. war kein „Alldeutscher", er ist von den Alldeutschen lange als ein friedliebender Schwächling angesehen worden, und er hat doch das alldeutsche Vokabularum abwechselnd bereichert und ausgeschöpft. Wie er Berlin mit Statuen anfüllte, so waren seine Reden mit historischen Bildern und Symbolen angefüllt. Der Große Kurfürst, Barbarossa, Coligny, Wilhelm der Große kamen ebenso häufig wie die märkische Eiche, der Aar und die Götter des alten Cheruskerwaldes darin vor. Und wie er in seinem Verhältnis zur Kunst das äußerlich Imposante, die theatralische Heldengeste und eine pathetische Männlichkeit bevorzugte und im Jahre 1901 ganz überzeugt erklärte, die Berliner Bildhauerschule stehe auf einer Höhe, die wohl kaum je in der Renaissance hätte erreicht werden können, so war auch seine Rhetorik dem Geschmack eines für stramme Effekte empfänglichen Liebhaberpublikums angepaßt. Schlimmer war, daß er, seinem Volke und anderen Völkern gegenüber, oft in einen martialischen Ton hineingeriet. Er verkündete auch, 1900 in Wilhelmshaven, das weltpolitische Evangelium: „Der Ozean ist unentbehrlich für Deutschlands Größe, aber der Ozean beweist auch, daß auf ihm in der Ferne, jenseits von ihm, ohne Deutschland und ohne den deutschen Kaiser keine große Entscheidung mehr fallen darf." Im Grunde seines Herzens war er ein aufrichtiger Friedensfreund. Was er in seiner Thronrede 1888 gegen Angriffskriege und gegen „neuen Kriegsruhm oder irgendwelche Eroberungen" gesagt hatte, war absolut ehrlich gemeint. Er fühlte nur manchmal das Bedürfnis, den Panzer ein wenig klirren zu lassen, weil das zum Schauspiel der Macht gehört. Das schien ihm auch zur Beruhigung der heroischen Schreier im eigenen Lande, die ihn unzufrieden kritisierten, bisweilen nötig zu sein. Kriegerische Worte zählten, wenn er sie ausgesprochen hatte, gewöhnlich nicht mehr für ihn. Aber der Eindruck im Auslande blieb.

Kann man behaupten, er habe diesen entsetzlichen Krieg gewollt? Er war nie der „Attila", dessen blutgieriges, grausames Bild die Ententepresse so rastlos malt. Ueber den Ursprung dieser Menschheitskatastrophe werden wir sprechen, wenn der Frieden geschlossen sein wird. Wilhelm II. hat dabei nicht die Rolle des Führenden und Voranschreitenden, sondern nur die Rolle des Gedrängten und Geschobenen gespielt. Nicht ganz unrichtig dürfte die Schilderung sein, die der französische Botschafter Jules Cambon am 22. November 1913 in einem Bericht entworfen hat. In diesem Bericht der sich im französischen Gelbbuche befindet, wird von Unterredungen, die der König Albert von Belgien in Gegenwart des Generalstabschefs v. Moltke mit dem Kaiser gehabt habe, erzählt. Wilhelm II. sei verändert, halte den Krieg mit Frankreich früher oder später für unvermeidlich, sei nicht mehr so, wie früher, „der Vorkämpfer des Friedens gegen die kriegerischen Absichten gewisser deutscher Parteien". Er sei vielleicht auch eifersüchtig auf die Popularität des Kronprinzen, der den Leidenschaften der Alldeutschen schmeichle und dem die Stellung des Reiches in der Welt noch nicht groß genug sei. General v. Moltke, heißt es in dem Bericht, habe zu König Albert gesagt: „Diesmal muß ein Ende gemacht werden, und Ew. Majestät können sich keine Vorstellung davon machen, welu unwiderstehliche Begeisterung an diesem Tage das ganze deutsche Volk mitreißen wird." Gewiß wünschte der Kaiser auch jetzt noch, den Frieden dauern zu sehen, aber die Ver.immung über die, durch die deutsche Politik ermöglichte, Vereinigung der anderen Mächte, die Befürchtung vor dem Anwachsen ihrer militärischen Machtmittel und dazu das, im Erinnerungsjahr 1913 besonders laute, Kriegspatriotentum bedrückten und bedrängten ihn. Dann kam die Ermordung des Erzherzogs Franz Ferdinand. Die Fürstenseele Wilhelms II. war tief berührt, und da er die Politik dynastisch auffaßte und die tieferen Bewegungen nicht kannte, glaubte er, alle Kaiser und Könige würden solidarisch sein. Wien hatte immer mehr die politische Leitung an sich gebracht, und wir gerieten, Bismarcks Warnungen vergessend, immer tiefer in den Balkansumpf. Wilhelm II. blieb bei der Nibelungentreue und dem „Hohenzollernschwert". Seine Ratgeber, verantwortliche und unverantwortliche, hielten, wenn man die Aktion bis ans Ende durchführte, in ihrer Ahnungslosigkeit einen glänzenden diplomatischen Erfolg für gewiß. Andere flüsterten, wenn der Krieg doch einmal kommen müsse, sei es besser, er komme jetzt. Die offizielle Weisheit spielte va banque. Unterirdische Kräfte schürten den Brand. Sie alle sahen nicht, daß die gegnerische Welt inzwischen ihre Kräfte berechnete und, als die Rechnung stimmte, sich gegen uns zusammenschloß. Sie gingen mit strahlenden Gesichtern auf den Abgrund zu. Der Kaiser wich schrittweise zurück. Bis zu dem entscheidenden Schritt . . .

Das alles wird später, in Ruhe — denn einmal werden wir doch wieder zur Ruhe kommen müssen — besser und gründlicher zu zeigen sein. Wilhelm II. war nicht der alleinige Urheber, aber der Repräsentant einer aberwitzig kurzsichtigen, alle Kräfte und Ideen des Auslandes falsch schätzenden Politik, und er war das Symbol einer Zeit und eines Geistes, der, in Machtbegehren und Selbstüberhebung, die Katastrophe herbeigeführt hat. Er mußte abdanken, auch wenn die Aufstandsbewegung im ganzen Lande nicht so brausend und unbezwingbar angeschwollen wäre, wie es niemand erwartet hat. Nur diejenigen sollten ihn heute nicht anklagen, die Hurra gerufen haben, als er ihnen „herrliche Zeiten" und, im August 1914, die glanzvollsten Siege versprach. Der Sozialist Ebert wird Reichskanzler werden, die deutsche Nationalversammlung, die konstituierende Versammlung, wird sofort einberufen werden, wie es auch von uns gefordert worden ist. In der Nationalversammlung wird das deutsche Volk darüber entscheiden, wie nach dem Abschluß der wilhelminischen Epoche das Deutsche Reich aus den furchtbarsten Wirren zu neuer Ordnung geführt werden soll.

* * *

Vor der Einigung der Sozialdemokratie.

Die Einigungsverhandlungen der beiden sozialdemokratischen Parteien haben begonnen. Heute vormittag ist der Vorstand der sozialdemokratischen Mehrheitspartei an den Vorstand der unabhängigen Partei herangetreten, um mit ihm über die Einigung zu beraten. Die gemeinsame Sitzung findet heute mittag statt. Wie verlautet, werden sich die beiden Parteien auf Grund der neuesten Vorgänge im Reich mit der Abdankung des Kaisers allein nicht begnügen.

Die unabhängigen sozialistischen Abgeordneten Cohn (Nordhausen), Dittmann und Vogtherr haben sich um die Mittagsstunde in die Wilhelmstraße begeben, um die Ansprüche der unabhängigen sozialdemokratischen Partei, an der neuen Regierung teilzunehmen, anzumelden. Wie verlautet, soll Haase und Ledebour in die Regierung eintreten.

Friedrich Ebert.

Der vom scheidenden Prinzen Max zum Nachfolger im Reichskanzleramte vorgeschlagene Friedrich Ebert ist erst seit dem Jahre 1912 in den Reichstag gewählt worden, und zwar vom Wahlkreise Elbrfeld-Barmen, dem Nachbarwahlkreise Solingen, der vom Staatssekretär Scheidemann vertreten wird. Ebert ist aus kleinen Verhältnissen hervorgegangen. Sein Vater war Schneidermeister in Heidelberg. Hier wurde Friedrich Ebert am 4. Februar 1871 geboren. Er hat die Volksschule in Heidelberg besucht und erlernte dann das Sattlerhandwerk. Was ihm die Volksschule nicht bieten konnte, das hat er durch Selbststudium und durch den Anschluß an die sozialdemokratische Bewegung sich angeeignet. Schon im Jahre 1892 wurde Ebert Redakteur der sozialdemokratischen „Bremer Bürgerzeitung" und kam später auch in die Bremer Bürgerschaft als sozialdemokratischer Vertreter. Nachdem Ebert im Jahre 1900 in Bremen Arbeitersekretär geworden war, wurde er fünf Jahre später in den Parteivorstand der sozialdemokratischen Partei gewählt. Außerdem war er Vorsitzender der Zentralstelle der arbeitenden Jugend Deutschlands. Im Reichstag hat sich Ebert in kurzer Zeit eine führende Stellung erobert. In seiner Partei galt er seit längerer Zeit als der kommende Mann. Auch im Hauptausschuß des Reichstags trat er durch Energie und Temperament hervor. Als der letzte Vorsitzende, der Zentrumsabgeordnete Fehrenbach, zum Reichstagspräsidenten gewählt wurde, fiel die Wahl eines Vorsitzenden des Hauptausschusses auf Ebert. Auch die politischen Gegner rühmen ihm nach, daß er die Verhandlungen unparteiisch geleitet habe. Als die neue Regierung unter dem Prinzen Max von Baden gebildet wurde, wurden zunächst die Abgeordneten Scheidemann, Bauer und David in das Kabinett entsandt, während sich Ebert, der damals schon stark in Frage kam, zurückhielt. Ebert hat in den letzten vier Wochen die stärkste Stütze der Reichsregierung gebildet und sie in kritischen Augenblicken mit Geschick vertreten. Er hatte dabei wiederholt auch mit den unabhängigen Sozialdemokraten Kämpfe auszufechten, aber er galt trotzdem allgemein als ein Anhänger eines späteren Zusammenschlusses der beiden dissentirenden Richtungen innerhalb der sozialdemokratischen Partei. Wie weit es ihm gelingt, jetzt die Einigkeit der Partei wiederherzustellen, das wird sich sehr bald zeigen müssen. Die Wahrscheinlichkeit spricht dafür, daß Ebert auch von dem Vertrauen der Unabhängigen getragen wird.

Ebert ist eine Persönlichkeit von schärfster Prägung. Der kleine Mann mit dem schwarzen vollen Haupthaar, dem Schnurrbart und Kinnbart von der gleichen Farbe hat viel Temperament, das aber durch Selbstzucht in Schranken gehalten wird. Seine klingende Stimme, seine Lebhaftigkeit und sein scharfer Verstand machen ihn zu einem sehr wirkungsvollen Redner. Aber darüber hinaus darf man zu Ebert das Vertrauen haben, daß er das einmal übernommene Amt mit dem vollen Einsatz seiner ungewöhnlichen Kräfte und Fähigkeiten auszufüllen bemüht sein wird. Es wäre ebenso verfrüht, dem neuen Manne, den die Welle der deutschen Volksbewegung an die Spitze der Regierung des Reichs getragen hat, mit trügerischen Hoffnungen begrüßen wie ihm mit voreiligem Mißtrauen entgegentreten zu wollen. Das deutsche Bürgertum ist durch die politische Entwicklung in die zweite Reihe gedrängt worden. Aber es wird seine Mitwirkung bei der Durchführung notwendiger Reformen nicht versagen und hoffentlich in Ebert einen leitenden Mitkämpfer gefunden haben, mit dem es, ohne Aufgabe seiner Prinzipien, eine Strecke Wegs zusammengehen kann.

Die Haltung des Militärs in Berlin.

Das 4. Jägerregiment, das vor einigen Tagen aus Naumburg zur Unterdrückung von etwaigen Unruhen nach Berlin übergeführt worden war und die öffentlichen Gebäude sowie wichtige Verkehrszentren mit Maschinengewehren besetzt hatte, ist am heutigen Morgen **zum Volke übergegangen.** Deputationen dieses Truppenteiles erklärten der sozialdemokratischen Parteileitung, daß sie auf das Volk nicht schießen würden, dagegen mit allen Kräften für Aufrechterhaltung der Ordnung eintreten würden. Ebenso hat die Mannschaft des **Kaiser-Alexander-Garde-Grenadier-Regiments** sich im gleichen Sinne geäußert. Bei den übrigen Truppenteilen finden gegenwärtig noch Beratungen statt.

Demonstrationen in der Maikäfer-Kaserne.

Zu großen Zusammenstößen kam es heute Mittag in der Maikäferkaserne in der Chausseestraße. Zivilbevölkerung stürmte die Kaserne, in deren Hof eine Kompagnie Soldaten mit einem Offizier an der Spitze aufgestellt war. Der Offizier kommandierte „Feuer", die Kompagnie weigerte sich, worauf der Offizier selbst von seinem Dienstrevolver Gebrauch machte. Darauf fielen aus der Menge Schüsse durch die der Offizier schwer verletzt wurde. Die ganze Kaserne wurde von den Soldaten geräumt, die sich mit der Menge verbrüderten. Unter den Demonstranten befanden sich viele Soldaten, die heute um ½11 Uhr aus Hannover mit Extrazug hier angekommen sind. In Hannover, wo jetzt vollständige Ruhe herrscht, hatte der Arbeiter- und Soldatenrat eine Abteilung von Soldaten nach der Hauptstadt abgesandt. Diese hier eingetroffenen hannoveranischen Soldaten erzählen, daß die Strecke an mehreren Stellen aufgerissen war, sie hätten aber schnell den Schienenweg wiederhergestellt und sein bis nach Döberitz gekommen. In Döberitz standen am Bahnhof Maschinengewehre. Die Bedienungsmannschaft schloß sich jedoch den Hannoveranern an. Der Zug kam gegen ½11 Uhr in Berlin an.

Wie uns später gemeldet wird, sollen die in der Maikäferkaserne befindlichen Waffen- und Munitionsvorräte an die Demonstranten verteilt worden sein.

Auf dem Alexanderplatz kam es um 2 Uhr nachmittags zu großen Demonstrationen. Eine nach Tausenden zählende Menschenmenge hatte sich versammelt. Große rote Fahnen wurden entfaltet und Ansprachen gehalten. Sämtliche Geschäfte auf dem Platze sind geschlossen.

*

Aus den Fenstern des „Vorwärts"-Gebäudes wurden heute rote Fahnen herausgehängt.

*

Ungefähr um ½2 Uhr fuhr vor das **Reichstagsgebäude** ein Auto mit roter Flagge vor, dem ein weiteres Auto folgte, das mit Soldaten der verschiedenen Truppengattungen, darunter auch Matrosen besetzt war, und das mit Maschinengewehren gerüstet war. Auf das Dach des Autos stieg ein Mann, eine flammende Ansprache an die sich rasch zu hunderten an Menge. Soweit man den Inhalt der Rede verstand, wo Preis des Errungenen und weiter eine Aufforderung zur Besonnenheit in dieser Stunde, die den Arbeitern und Sol bracht hätte, was sie nur gewünscht haben. Der Redner zum Schluß die Anwesenden auf, die soziale deutsch publik hochleben zu lassen und rief die soziale Re Deutschland aus.

Oberbürgermeister Wermuth über die Milchversorgung.

Gegen den Agrarstreik.

Der Oberbürgermeister von Berlin, Wermuth, einen Mitarbeiter der „P. P. N." empfangen und ihm erklärt:

„Schon die bisherigen Ereignisse haben die Milchversorgung aufs tiefste erschüttert. Die Fortsetzung des unhaltbaren Zustandes muß in kürzester Zeit eine Katastrophe herbeiführen. Wenn gar versucht würde, die städtischen Betriebe lahmzulegen und damit die primitivste Voraussetzung, von der die heutige Ernährungswirtschaft ausgehen, zu zerstören, so wäre ein solches unsinniges Vorgehen von den schwersten Folgen begleitet und würde ein unsagbares Unglück heraufführen. Wenn die Milch- und Kartoffelversorgung, wie das jetzt von hoffentlich unmaßgeblicher Seite geschieht, als politisches Pressionsmittel des flachen Landes betrachtet wird, das mit der neuen Ordnung der politischen Verhältnisse unzufrieden ist, so würde meines Erachtens die Landbevölkerung selbst unter den politischen Folgen eines solchen unsolidarischen Vorgehens leiden, indem auch ihre berechtigten Forderungen in Mißkredit gebracht würden."

Ein falsches Gerücht.

Es ist das Gerücht verbreitet, daß die englische Flotte die rote Fahne gehißt habe und mit der deutschen Flotte fraternisiere. Dieses Gerücht ist im Rheinland z. B. durch Flugblätter verbreitet worden. Wie wir von zuständiger Seite erfahren, entspricht dies Gerücht nicht den Tatsachen.

Die Uebermittelung der Waffenstillstandsbedingungen.

Amtlich. Berlin, 9. November. (W. T. B.) Der mit der Ueberbringung der Waffenstillstandsbedingungen beauftragte Kurier funkte heute Nacht vom Eiffelturm, daß er die Linien nicht passieren könne, da die Franzosen das Feuer noch nicht eingestellt hätten. Zu dieser Annahme sei er anscheinend durch den Umstand veranlaßt, daß auf der deutschen Seite ein Munitionsdepot in Brand geraten sei, das mit fortgesetzten Detonationen in die Luft flog. Der Kurier habe durch Funkspruch hierüber aufgeklärt und erhielt die Weisung, die Linien sofort zu überschreiten.

Das Eintreffen der Waffenstillstandsbedingungen in Berlin stündlich erwartet werden.

*

Amtlich. Großes Hauptquartier, 9. November. (W. T. B.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Der auf dem Westufer der Schelde gelegene Brückenkopf von Barnai wurde von uns geräumt und von Engländern besetzt. Zwischen der Schelde und Oise und weiter bis zur Maas haben wir unsere Linien planmäßig zurückgenommen. An einzelnen Stellen haben sich hierbei Nachhutgefechte entwickelt. Der Feind hat in diesen Abschnitten bisher nur Peruwelz—westlich von St. Ghislain—westlich von Maubeuge—östlich und südöstlich Avesnes erreicht und ist westlich der Maas bis Liart—Warby und an die Maas westlich von Mouzon gefolgt. Auf den östlichen Maashöhen fanden Nachhutkämpfe statt.

Der Erste Generalquartiermeister
Groener. (W. T. B.)

Der bayerische Vormarsch in Tirol.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Landeck (Westtirol), 9. November. Die bayerischen Truppen sind hier eingetroffen und marschieren angeblich über den Finstermünzpaß gegen den Vinschgau (die Gegend westlich Meran's) weiter. Es herrscht vollkommene Ruhe. Die bayerischen Telegraphenbehörden haben die Telegraphenleitungen beschlagnahmt, so daß aus dem Süden jede Nachricht fehlt. Man glaubt, daß in der Nähe von Brixen in die zurückgehenden österreichischen Massen nunmehr Ordnung kommen werde.

Sperrung der deutsch-österreichischen Grenze für den Reiseverkehr.

Wien, 9. November. (W. T. B.) Vom deutsch-österreichischen Staatsamte für Heereswesen wird folgende Kundmachung: „Laut einer, vom kaiserlich deutschen Generalkonsulate eingelangter Verständigung ist ab heute die Grenze zwischen Deutsch-Oesterreich und dem Deutschen Reiche für den Reiseverkehr auf unbestimmte Zeit gesperrt."

Die amerikanischen Kongreßwahlen.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Rotterdam, 9. November. Die „Daily News" melden aus New-York: „Die Demokraten haben sowohl im Abgeordnetenhause als auch im Senat wahrscheinlich eine kleine Minderheit. Nur ein Sozialist ist gewählt worden, und zwar Victor Berger aus Wisconsin. Was die Präsidentenmaßnahmen betrifft, so wird das Land dem Präsidenten folgen. Doch was das Frauenwahlrecht betrifft, so will es seine Freiheit des Urteiles behalten. Die Republikaner sind entschlossen, die feste englisch-amerikanische Freundschaft als eine Bürgschaft für den Völkerbund und Weltfrieden zu betrachten. Roosevelt gab anläßlich des Wahlausfalls die Erklärung ab, daß die Republikaner Wilson herzlich unterstützen werden, um mit aller Kraft des Landes dem Dienst am Kriege zu widmen und einen Sieg zu erlangen, der für die Ergebnisse dieses Krieges Bürgschaft sein wird. Er fügte hinzu, daß die Wahlerfolge der Republikaner auch eine Warnung für Deutschland dienen werden.